

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/80

Hannover, 3.10.1947
Telefon: 20951/52

Die Situation der KP

P.R. Die KP in den Westzonen gehört zu den kleinen Parteien, während die KP in den Jahren vor 1933 zu den Massenparteien gehörte. Einer der wichtigsten Gründe für diese Rückentwicklung liegt darin, daß man dank des Anschauungsunterrichtes der kommunistischen Bruderpartei in der Ostzone, der SED, den totalitären Charakter dieser Partei kennt, auch wenn sie sich demokratisch im westlichen Sinne des Wortes gibt. Totalitarismus aber ist heute kein Schlagwort mehr wie in früheren Jahren, sondern bitterste Erfahrung und unumstößliches Wissen - die Erfahrung der Vergangenheit und das Wissen um die Gegenwart!

Pieck-Büsten und Tulpanow-Reden als Einleitung von Parteitag stehen in der Meinung des einfachen Mannes, des Werktätigen, in allen Zonen niedrig im Kurs, wenn man nicht die parteioffizielle Autosuggestion der SED zum Maßstab nehmen will. Die Liebe zu dieser Partei ist allenthalben dem Gefrierpunkt nahe. Diese Stimmung fließt in unzähligen kleinen Bächen und Flüssen, in tausenden von Briefen und Erzählungen der Schwarzgänger über die Grenze. Dagegen ist kein Kraut gewachsen, auch nicht das von Riesenauflagenziffern großformatiger Zeitungen, deren Absatz nur durch den Mangel an Einwickelpapier zu erklären ist.

Die KP in den Westzonen ist unter diesen Umständen in einer sehr rigen und recht peinlichen Lage. Da sie nur die westliche Spielart der kommunistischen SED ist, ist sie im Grunde auf deren Propagandavokabular angewiesen. Ihre Parteiführung und Presse stehen vor der äußerst schwierigen Aufgabe, die SED-Parolen etwa von der deutschen Einheit und der wahren Demokratie übernehmen und sich gleichzeitig dem völlig ungläubhaften Anschein geben zu müssen, als wüßten und sähen sie nicht, was eigentlich in der Ostzone auf Veranlassung oder mit Duldung der SED gerade auch den Schichten der Bevölkerung geschieht, die sich möglicherweise zur KP hingezogen fühlen könnten. Mit dieser Aufgabe wäre selbst ein Propagandist von Goebbelschem Format nicht fertig geworden.

Aber was soll man tun? Während man Reden hält, Artikel schreibt und Anträge einbringt, die sich im Sinne der SED durchaus sehen lassen können, muß man erleben, daß in Bakuhoft-Wartesälen, Eisenbahn-

abteilen und anderen Stätten, wo das Volk aller Schattierungen seine Erfahrungen besonders offenherzig austauscht, nur eine Meinung über die SED herrscht, im Vergleich zu der die Beurteilung jeder Besatzungsmacht noch eine überschwengliche Lobpreisung darstellt. Das ist äußerst peinlich und macht die ganze mühselige Arbeit zu einem guten Teil illusorisch.

Wäre die materielle Lage des Werktätigen in der Ostzone schon einigermaßen erträglich (von gut wollen wir nicht reden), dann würde das einen gewissen Ausgleich zu sonstigen Dingen bilden, die ihm höchst widerlich sind und die alle mit dem Problem der Überwachung seiner privaten Meinung und der Gefährdung seiner persönlichen Bewegungsfreiheit zusammenhängen, und die er im Nazireich bis zum Überdruß gekostet hat. Aber beides - trostlose materielle Lage und außerdem das Bewußtsein, ständig kontrolliert und in Gefahr zu sein - das ist eben zu viel. So hat er sich seine ablehnende Meinung gebildet, wenn er sie auch meist, gewitzigt durch das, was er schon einmal erlebt hat und heute wieder erlebt, für sich behält.

Die KP mag sich in den Westzonen so westlich-demokratisch geben wie sie will - niemals kann sie ihre Identität mit der SED leugnen - und diese wieder niemals ihren totalitären Charakter. Der kann auch durch demokratische Theaterspielerei mit Mehrparteien-Parlamenten und -Regierungen, die niemand ernst nimmt, nicht aus der Welt geschafft werden. Jedermann weiß, daß auch in diesem Punkt die KP der SED sofort folgen würde, wenn die äußeren Machtverhältnisse sich entsprechend verschöben.

In erster Linie gilt das für die Funktionäre der KP, deren Einstellung und Motive in der kommunistischen Anhängerschaft einer zunehmenden aufmerksamen Prüfung unterzogen werden. Diese Funktionäre setzen sich aus zwei Gruppen zusammen, den überzeugten Kommunisten, deren ehrliche Gesinnung niemand angreift oder verdächtigt und den Leuten, die sich sagen, daß in der heutigen vollkommenen politischen Unsicherheit die Aktivität in der KP die einzig relative Sicherheit und risikofreie Spekulation ist; unter dem amerikanisch-englischen Patronat geschieht ihnen nichts (die Parteilarbeit wird nicht behindert, die Presse ist kaum zensuriert, jeder Funktionäre erfreut sich uneingeschränkter Bewegungsfreiheit), brächte aber ein Krieg den Russen ins Land und in seinem Gefolge die SED, so wären diese Funktionäre sofort als verdiente "Helden-Träger des Kommunismus, hoch verdiente" alte Kämpfer mit jenem Anspruch, der sich aus dieser Tatsache ergibt und der auch honoriert zu werden pflegt. Läuft die Sache anders aus, geschieht ihnen bei der westlichen Mentalität auch nichts ernstliches. Eine glatte Rechnung für diese Art von Führerschaft, wie man sieht.

Die Masse der kommunistischen Wähler freilich kann solche Rückversicherungen nicht eingehen. In diesem Punkt vor allem unterscheidet sich ihre Situation von der ihrer Führerschaft, von anderen mehr äußeren Dingen ganz abgesehen.

Vor einem ernsten Winter in England
 Von unserem Londoner Korrespondenten

A.E. London, Ende Sept. 1947

Auch den britischen Inseln war ein außergewöhnlich warmer und schöner Sommer beschert. Wie auf dem Kontinent, hat eine lange Kette von Sonnentagen Jung und Alt nicht nur Freude, sondern auch Reserven an physischer Kraft und Widerstandsfähigkeiten gegeben. Und dem ist gut so. Denn dieser kommende Winter wird auch für die Briten hart und - entbehrungsreich sein. Sie werden die angesammelten Reserven gut brauchen können.

Die Schwierigkeiten sind zweifacher Art. Sie bestehen zunächst in der Kohlenknappheit, die, wenn auch nicht in bedrohlichem Ausmaß anhält. Sie bestehen aber außerdem, soweit die Versorgung mit elektrischer Kraft in Betracht kommt, in der dem Strombedarf nicht entsprechenden Erzeugungskapazität der bestehenden Kraftwerke. Wie in der englischen Handelsbilanz, gibt es auch hier ein "gap", - eine "Lücke", die geschlossen werden muß. Während der Strombedarf auf etwa 12 Millionen Kilowatt geschätzt wird, beträgt die Produktionskapazität der Werke nur etwa 9 1/2 Millionen Kilowatt. Das ist ein nicht unerhebliches Defizit. Es könnte sich noch dazu temporär und örtlich vergrößern, falls Unterbrechungen der Kohlenförderung oder der Kohlentransporte etwa wie im vergangenen Winter einzelne Kraftwerke in der Entfaltung ihrer Produktionskapazität behinderten. Man hat dem nicht ganz in dem Ausmaß vorbeugen können, wie es beabsichtigt war. Die Kohlenreserven bei den Kraftwerken, welche im vorigen Herbst um die gleiche Zeit für eine Vollproduktion von drei Wochen ausreichten, konnten nur auf eine für fünf Wochen Vollproduktion ausreichende Menge erhöht werden. Bei den Gaswerken ist die Situation sogar noch etwas ungünstiger! Sie verfügten im vorigen Jahr um die gleiche Zeit über Kohlenvorräte für die Dauer von nicht ganz drei Wochen und gegenwärtig nur für die Dauer von vierinhalb Wochen.

Welche Maßnahmen hat die Regierung gegenüber dieser Situation beschlossen? Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß sie trotz aller möglichen Gefahren sowohl von einer Rationierung wie von irgend welchen anderen Zwangsmaßnahmen gegenüber dem privaten Verbraucher von elektrischem Strom oder Gas abgesehen hat und stattdessen sich darauf verlassen zu dürfen glaubt, daß Gemeinschaftsgefühl und patriotischer Sinn der Bevölkerung genügen, um die notwendigen Einsparungen zu erzielen. Lediglich, um aufzuklären und um allgemeines Verständnis für die bestehende Lage zu schaffen, aber ohne jede Ermächtigung zu Zwangsmaßnahmen, wurden im ganzen Lande, bis hinab in die kleinsten Städte Sparkomitees für Gas und Elektrizität geschaffen. Zwölf regionale Komitees des Ministeriums, je einer für die zwölf großen Bezirke, in die England für die Zwecke der Brennstoffversorgung eingeteilt ist, sind die Mittelsmänner zwischen den örtlichen Komitees und der Regierung. Ein Experiment in unbürokratischer, demokratischer Organisation, das den Willen der Labour-Regierung ausdrückt, mit so wenig Zwangseingriffen wie nur möglich, der Krise und besonders den Gefahren des kommenden Winters zu begegnen.

Auch gegenüber dem Großverbraucher elektrischer Energie, der Industrie, wird die gleiche Politik verfolgt. Hier hat sie die Gestalt eines Einwirkens auf abgestaffelte Betriebszeiten. Der Haupt-

bedarf der Industrie soll auf jene Tages- und Nachtstunden verlegt werden, wo er nicht mit dem Großbedarf der privaten Verbraucher elektrischen Stromes zusammenfällt. Die entsprechenden Maßnahmen der Industrie werden wiederum als freiwilliger Beitrag zur Hintanhaltung eines sonst, unweigerlich drohenden Notstandes erwartet und in keiner Weise erzwungen. Da Veränderungen der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben in Betracht kommen, wird auf gemeinschaftliche Beratungen und gemeinschaftliche Entscheidungen der Betriebsleitungen und der Belegschaften regierungsseitig allergrößter Wert gelegt. Die zwölf regionalen Beamten des Brennstoffministeriums wirken auch hier als Anreger und Vermittler.

So steht man also vor einem sehr interessanten Versuch demokratischen Planens. Der Versuch setzt die vorbehaltlose Mitarbeit einer verantwortungsbewußten demokratischen Bürgerschaft voraus. Diese Mitarbeit stellte die Bevölkerung der britischen Inseln in den Kriegsjahren in einem Ausmaß und in einer Rückhaltlosigkeit zur Verfügung, ohne die die Befreiung Europas kaum möglich gewesen wäre. Die Labour-Regierung glaubt, auf eine ähnliche Mitarbeit auch diesmal rechnen zu können. Hätte sie mit dieser Erwartung Unrecht, so würde das nicht so sehr die Regierung als vielmehr die Idee demokratischen Planens gefährden. Die gegenteilige Idee eines zentralisierten Planens unter Zwang, bisher konsequent zurückgewiesen, würde notwendigerweise in den Vordergrund treten. Darüber sollten jene Kreise in und außerhalb Englands, welche eine politische Auswertung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in England manchmal - etwas oberflächlich und leichtfertig anstreben, sich vielleicht etwas klarer sein als sie es zur Zeit zu sein scheinen.

Politische Unruhen in Frankreich

A.F. Seit einigen Wochen wiederholen sich in Frankreich politische Demonstrationen und Attentate. Einzelnen betrachtet erscheint ihre Bedeutung gering, jedoch drängt sich im Blick auf die Fülle der Vorfälle die Frage auf, ob es sich hier nicht um ein genau ausgearbeitetes System handelt.

Rohstofflager und Fabriken gehen in Flammen auf, hier und dort, im Süden wie im Norden, werden fast täglich Attentate auf Brücken und Fabriken gemeldet. Die von den Gewerkschaften im Interesse der kommunistischen Propaganda organisierten Hungerdemonstrationen arteten in mehreren Städten Frankreichs in Revolten aus. Später wurde festgestellt, daß von geheimnisvollen Organisationen bezahlte Provokateure am Werke waren. Das ernsteste Warnungssignal war der unglaubliche Aufruhr der Faschisten im Internierungslager Noe, wo eine Gesellschaft ehemaliger Henkersknechte Hitlers und Pétains die Wachmannschaft zwang, sie zu einer Trauerfeier geschlossen aus dem Lager ins nächste Dorf ziehen zu lassen.

Gleichzeitig wird von Seiten der Rechtsparteien, einschließlich eines Teiles der Radikalsozialisten, eine großzügige Begnadigung der verurteilten Kollaborateure verlangt.

Die Kommunisten sehen in all diesen Vorgängen eine zusammenhängende Verschwörung gegen die Republik. Das ist zweifellos übertrieben. Es ist aber anzunehmen, daß antidemokratische oder ausgesprochen faschistische Elemente die augenblickliche Notlage Frankreichs ausnützen

um Unruhe zu stiften. Die Extremisten haben von jeher ein Interesse daran gehabt, Katastrophenstimmungen zu schaffen. Die Kommunisten sind daran auch nicht ganz unschuldig. Haben sie nicht offen erklärt, daß sie bei den kommenden Gemeindewahlen den "Zorn des Volkes" zu ihren Gunsten ausnützen wollen? Es ist gefährlich - und wohl auch gewissenlos - demagogisch mit dem oft berechtigten Zorn des Volkes zu spielen!

-.-.-

Fritzsches Spruch: pars pro toto

Von unserem Nürnberger Korrespondenten

Nun, da die Spannung um die Berufungsverhandlung Fritzsches gewichen ist, ist es an der Zeit, das eigentliche Schlussergebnis zu ziehen, das weit über die Bedeutung des Einzelfalles hinausgeht. In der Tat schienen Anklage und Verteidigung ein höchst bezeichnendes Beispiel für ungezählte im Grunde gleich gelagerte Fälle zu sein, wie man sie überall herausgreifen kann - hier und dort, man braucht sich kaum besonders zu mühen, um sie zu finden - Beispiel für viele, pars pro toto. Für den uneingeweihten Zuhörer mag es eine Überraschung gewesen sein, daß es nicht darum ging, ob Fritzsche Nationalsozialist sei oder nicht. Aus der Vielzahl der diskutierten Punkte aber und aus den in der Urteilsbegründung aufgeführten Paragraphen lassen sich un schwer drei grundsätzliche Probleme erkennen:

War es möglich, daß Fritzsche trotz der ihm zur Verfügung stehenden Informationen gutgläubig gehandelt habe? Mit mathematischer Präzision griff Vorsitzender Dr. Otto Zibill Beispiel um Beispiel heraus, um zu beweisen, daß Fritzsche dieses oder jenes habe wissen müssen und so wesentlich Falschmeldungen vorbereitet habe. Verzweifelt wüßte der Angeklagte sich. Das Urteil zog aus pro und contra den Schluß: "Nicht wesentlich falsch, wohl aber leichtfertig hat Fritzsche gehandelt".

Wer hätte Fehler des Nationalsozialismus nicht erkannt? Auch Fritzsche tat es. Aber er hielt diese negativen Seiten - so behauptete er wiederholt - für Kinderkrankheiten. Ein Zweckvertrag sei seine Arbeit mit dem Nationalsozialismus gewesen, den er später wieder aufgehoben hätte. "Wenn jemand den Staatskarren aus dem Dreck zieht, dann muß der Einzelne still halten, auch wenn er ihm über die Füße fährt" - "Er fährt uns doch über das Herz" - "Auch dann müssen wir still halten, um des Ganzen willen". Das waren seine eigenen Aussagen zufolge - Äußerungen aus Gesprächen, die er, Fritzsche, während des Krieges irgendwann einmal mit einem Kollegen führte. Ob wahr oder unwahr, es symbolisiert die Gedanken Fritzsches. Auch hierauf gab das Urteil eine Antwort, da es feststellte, daß wer dem Nationalsozialismus wenigstens ablehnend gegenüberstand, ohne Rücksicht auf die einzelnen ihm bekannten Tatsachen den schlechten und verdammenswerten Kern der Sache kennen mußte und sich dann ohne weitere Rücksicht entweder vom Nationalsozialismus hätte lösen oder ihn mit allen Mitteln hätte bekämpfen müssen. Die dritte Frage ist mehr formalrechtlicher Natur. Um die Antwort vorwegzunehmen: Es gibt keinen Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Gewaltherrschaft, und wer wie Fritzsche - seiner eigenen Meinung nach in sauberer Weise - dem Nationalsozialismus diene, hat auch die Gewaltherrschaft unterstützt, gleich-

gültig, ob er persönlich an den Gewaltmethoden teilhatte. Nicht die Tatsache, daß Fritzsche Ehrgeiz stärker war als sein Charakter, sondern, daß er den Nationalsozialismus an erster Stelle unterstützt und damit das deutsche Volk geschädigt hat, war maßgebend. "Wir wollen den Menschen, die im Dritten Reich den Vorrang hatten, auch bei der Wiedergutmachung den Vortritt lassen", sagte Dr. Otto Zibill in einer Pressekonferenz vor der Verhandlung und gab damit die beste Deutung des Berufungsgesetzes. Das gegen Fritzsche ausgesprochene Urteil müßte notwendig Maßstab und Richtlinie für die weiteren von den Spruchkammern verhängten Sühnemaßnahmen sein. Noch einmal ist Fritzsche in dieser Verhandlung ungewollt in den Mittelpunkt des Interesses gedrängt worden, da er Objekt dieses Maßstabes wurde. Ein Beispiel für viele - pars pro toto.

Eine Volksgruppe in KZ

Die "Neue Volkszeitung" New York, das Blatt der deutschen Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten, veröffentlicht eine Eingabe, die der Chicagoer Sozialdemokrat und Funktionär der "Volkszeitungsgemeinde", Mick Pesch, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der "American-German-Hungarian Aid Society" durch einen interessierten Senator an das Staatsdepartement gerichtet hat. Mit dieser Eingabe wird zum ersten Mal das Schicksal der jahrhundertlang in Jugoslawien ansässigen deutschen Volksgruppe der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht, ein Schicksal, das sich durch nichts von dem der Juden- und Deutschen in Polen und allen übrigen deutschen Volksgruppen in Südosteuropa unterscheidet. Wir entnehmen diesem Artikel u.a.:

"Nach dem Abdrängen der deutschen Truppen aus Jugoslawien wurden die Deutschen in Jugoslawien enteignet, entrechtet, ausgebürgert und in großen Konzentrationslagern zusammengezogen. Der Weltöffentlichkeit ist inzwischen bekannt geworden, daß Hunderttausende in den Konzentrationslagern Jugoslawiens durch Verhungern ums Leben kamen. Schon Anfang 1946 machte die Regierung Jugoslawiens den Versuch, die noch überlebenden Deutschen abzuschieben. Sie verlangte von den alliierten Großmächten, daß man ihr das Recht zugestehe, die Deutschen ihres Landes ebenso auszusiedeln, wie dies mit den Deutschen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen geschah. Eine Antwort der Alliierten ist der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Im Januar 1947 wiederholte die jugoslawische Regierung ihre Forderung. Die Stellungnahme der Alliierten wurde auch diesmal der großen Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben.

Aus den Aussagen der aus Jugoslawien Geflohenen geht übereinstimmend hervor, daß Jugoslawien sich der Deutschen, die es der Staatsbürgerschaft verlustig erklärt hatte, nun auf jeden Fall entledigen wollte. Zu diesem Zwecke konzentrierte man die Deutschen aus den Lagern im Landesinneren in den letzten Monaten allmählich in Lager entlang der jugoslawisch-ungarischen Grenze in der Batschka und der jugoslawisch-rumänischen Grenze in Banat. Die Bewachung wird in manchen Lagern aufgelockert, besonders in der Nacht, so daß die unglücklichen ausgehungerten Menschen Gelegenheit zur Flucht über die Grenze erhalten. Der sicher drohende Hungertod in den Lagern bewegt die Häftlinge dazu, alles zu riskieren, um ihr Leben zu retten und die Freiheit

zu gewinnen. Nicht fliehen können bloß die Gebrechlichen, Alten und die Zahl derer, die durch den jahrelangen Hunger so geschwächt sind, daß sie nicht mehr gehen können, ferner noch zahlreiche elternlose Kinder, die keinen Anschluß an Erwachsene finden.

Die Flucht ist zwar eine "Lösung" für den einzelnen Häftling, der damit seine Freiheit gewinnt, aber keine Lösung des Gesamtproblems. In Österreich, wohin sich die Flüchtlinge zunächst wendeten, ist die Ernährungs- und Wirtschaftslage aufs Höchste gespannt, dergleichen in Deutschland."

Die Eingabe fordert eine rasche und radikale Gesamtlösung des Problems, damit nicht noch Tausende unschuldiger Kinder, Frauen und Greise zugrunde gehen. Jedenfalls müßte der Abtransport noch im Frühherbst erfolgen, denn im nächsten Winter würde der noch zurückgebliebene Rest, wie Flüchtlinge übereinstimmend aussagen, den Tod in den Lagern finden.

Die einzige Lösung wäre, den Jugoslawiendeutschen ebenso wie den übrigen Heimatlosen eine neue Heimat in überseeischen Ländern zu bieten. Die Behandlung, die ihnen von der gegenwärtigen jugoslawischen Tito-Regierung zuteil wird, und die der Weltöffentlichkeit schon bekannt ist, zeigt klar auf, daß sie als die rassistisch Verfolgten der Nachkriegszeit zu betrachten sind".

Der Parteitag der französischen Radikalsozialisten Von unseren Pariser Korrespondenten

Die Radikalsozialisten waren die große Regierungspartei der dritten französischen Republik. Sie leben heute mehr von ihrer Vergangenheit als von ihrem politischen Gegenwartswert. Der mit großem Aufwand im Kasino von Nizza in der zweiten Septemberhälfte organisierte Parteitag konnte an dieser Tatsache nichts ändern. Die Beobachter wurden sowohl durch den Reichtum und die Eleganz des Publikums als durch die politische Sterilität der Diskussionen beeindruckt. Allein die starke und unumstrittene Persönlichkeit Edouard Herriots gibt der Partei noch einen gewissen Glanz.

Der Parteitag von Nizza war an sich ein öffentliches und stilles Duell zwischen den "zwei Edouards", zwischen Daladier und Herriot. Daladier ist ein verbissener Antikommunist, Verteidiger des Liberalismus, Todfeind jeder Planwirtschaft und unbedingter Anhänger einer antisowjetischen Außenpolitik, kurz, ein ausgesprochener Reaktionsär. Herriot ist dem traditionellen Radikalismus treu geblieben. Er ist ein bürgerlich-fortschrittlicher Demokrat. Außenpolitisch wünscht er die Vermeidung der Blockbildung. In seinem Gemüthen, Daladiers Antisowjetismus zu bekämpfen, hat er sich dazu verleiten lassen, den Marshall-Plan eine unrealistische Phantasie zu nennen. In der deutschen Frage ist Herriot vielleicht der energischste Vertreter des französischen Sicherheitsgedankens. Seine Worte waren von tiefstem Mißtrauen Deutschland gegenüber durchdrungen.

Obwohl die Mehrheit der radikalsozialistischen Delegierten die Ansichten Daladiers teilten, wurde Herriot durch Zuruf und fast einstimmig zum Präsidenten der Partei wiedergewählt. Das war wahrscheinlich der letzte Widerschein des alten radikalsozialistischen Gewissens. Damit wurde aber gleichzeitig auch die Problematik der Existenz dieser Partei unterstrichen.

Flüchtlinge sind keine Kurgäste

H.U. Flüchtlinge sind keine Kurgäste, aber sie sollen jetzt für Logierhauszimmer Mietpreise entrichten, die der Bruttoverdienstgrenze eines ungelerten Arbeiters nahekommen. Nach über einjährigem Hin und Her eines nervenzerrüttenden Schwebezustandes hat vor kurzem die staatliche Preisfestsetzungsbehörde die Mietsätze für die sogenannten "konzessionierten" Betriebe des Beherbergungsgewerbes festgesetzt. Sie betragen für ein Zweibettzimmer durchschnittlich zwischen 50 und 60 Mark.

Abgesehen von der Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß ein Flüchtling, der sich gegen die Einweisung in einen "konzessionierten" Betrieb gar nicht wehren konnte, eine unvergleichlich höhere Miete zahlen soll als der Leidensgenosse, der das Glück hatte, in einen "bürgerlichen" Quartier unterzuschlüpfen, ist es ein politisch sehr bedenkliches, frivoles Spiel mit der Gutmütigkeit und Langmut zumal der in Arbeitsprozesse stehenden, arbeitswilligen und doch fast allenthalben in einem Fremdbetrieb tätigen Flüchtlinge, wenn sie zur Zahlung von Mieten gezwungen werden sollen, die die Hälfte, zwei Drittel oder gar drei Viertel ihres Einkommens verschlingen. Auch die Einschaltung der Fürsorge mit Gewährung eines Sondermietzuschusses wäre alles andere als eine Patentlösung denn Fürsorgebeträge sind erstattungspflichtig, und wenn man berücksichtigt, daß mancher Flüchtling schon heute, ab Mitte 1946 gerechnet, buckmäßige Mietrückstände von 500 bis 1000 Mark hat, obwohl er die von der Fürsorge gewährte Mietbeihilfe in voller Höhe pünktlich an seinen Hauswirt abgeführt hat, so wäre die Übernahme dieser Beträge durch die Fürsorge gleichbedeutend mit einem ständig über dem Haupt des Flüchtlings schwebenden Damoklesschwert einer ständig wachsenden Schuldenlast, für die er als einzige Gegenleistung das "Dach über dem Kopf" bekommt. Es interessiert ihn nicht im geringsten, daß es das Dach eines "konzessionierten" Hauses ist - - -

Die SPD-Preistags-Fraktion des Kreises Blankenburg (britische Zone) hat versucht, diesen gordischen Knoten der widerstreitenden Auffassungen und widerstrebenden Interessen durch einen Initiativantrag an den Niedersächsischen Landtag zu durchschlagen, indem sie folgende Forderungen aufstellt: Gewerbliche Räume des Beherbergungsgewerbes werden für die Dauer ihrer Inanspruchnahme als Flüchtlingsquartiere zu bürgerlichen Wohnraum erklärt, die Preisbehörde soll auf der Basis der für bürgerliche Quartiere geltenden Richtlinien unverzüglich neue Mietpreise festsetzen, die Betriebsinhaber werden im Rahmen des Lastenausgleichs für die entstandenen und entstehenden Ausfälle unmittelbar vom Staat entschädigt. Die Dringlichkeit der Bereinigung dieses latenten Gefahrenzustandes erhellt z.B. aus der Tatsache, daß in dem kleinen, nur 18.000 Einwohner zählenden Kreis Blankenburg nicht weniger als 1.100 Zimmer in konzessionierten Betrieben von Flüchtlingen bewohnt werden.

Berichtigung

In der "Volkswirtschaft"-Ausgabe des Pressedienstes vom 2. Oktober wurde der Verfasser des Artikels "Angst vor der eigenen Courage". Dr. Joachim Schöne, versehentlich als Vorsitzender des Bezirkssekretariats des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hannover bezeichnet.